

Sonntagskolumne Südostschweiz, 25. Mai 2008

Nein, Nein und nochmals Nein!

Wir sind kein Volk von Nein-Sagerinnen und Nein-Sager. Doch am kommenden Abstimmungssonntag sollten wir ein deutliches dreifaches Nein zu den nationalen Abstimmungsvorlagen sagen. Denn die SVP gefällt sich ausnahmsweise als Ja-Sager, aber wie: Was uns hier die SVP vorlegt, ist undemokratisch und extrem. Die Einbürgerungsinitiative will, dass es möglich ist, über Einbürgerungen an der Urne abschliessend zu entscheiden. Obwohl dieses Verfahren gerade nur eine paar Gemeinden so praktizierten, und nach dem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts 2003 zur Zufriedenheit aller ändern mussten. Zudem verlangt die Einbürgerungsinitiative, dass ein einmal gefällter Entscheid endgültig und damit nicht mehr anfechtbar ist. Einbürgerungen sind aber Prozesse, die sorgfältig vorbereitet und mit einem fairen Verfahren durchgeführt werden müssen. Jede/r Gesuchsteller/in hat ein Recht auf einen begründeten Entscheid und Anspruch darauf, diesen Entscheid auch anfechten zu können. Wir alle verlangen dies in unserem Alltag von einem funktionierenden Rechtsstaat, daher muss es auch für einen so existentiell wichtigen Akt wie dem Erlangen der Staatsbürgerschaft eines Landes möglich sein. Unsere Demokratie steht auf zwei starken Füßen: der Volkssouveränität und dem Rechtsstaat. Die SVP will mit ihrer schädlichen Initiative unserer Demokratie ein Bein stellen. Um demokratische Meinungsbildung geht es auch bei der sogenannten „Maulkorbinitiative“. Die SVP will dem Bundesrat vor Abstimmungen den Mund verbieten. Heute schon schreibt Artikel 180 unserer Bundesverfassung vor, dass der Bundesrat die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über seine Politik informieren muss. Auch ich will keine Behördenpropaganda und ich habe mich auch schon geärgert, wenn der Bundesrat für eine Abstimmungsvorlage, die ich nicht befürwortete, im Land herumreiste. Doch der Bundesrat muss heute schon Mass halten. Die Initiative geht viel zu weit und schränkt auch das Recht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein nach direkten und umfassenden Informationen durch den Bundesrat. Denn wir haben auch das Recht während eines Abstimmungskampfes Antworten auf unsere Fragen und Kritikpunkte direkt vom Bundesrat zu erhalten. Demokratie lebt auch von Meinungs Austausch und fairem Meinungsstreit! Ein Nein ist auch zum neuen Verfassungsartikel über die Krankenversicherung notwendig. Es ist ein Gegenvorschlag zur Prämiensenkungsinitiative der SVP. Damit diese chancenlose Abbauvorlage zurückgezogen werden konnte, haben die bürgerlichen Parteien in Eile und unsorgfältig einen Gegenvorschlag gezimmert, der voller Tücken ist. Mehrere „Kann-Formulierungen“ öffnen Tür und Tor für die Abschaffung der freien Arztwahl und den Abbau von Leistungen bei Unfall und bei der Pflege. Massiv gestärkt werden dagegen die Krankenkassen. Sie sollen zur einzigen Zahlungsstelle werden. Kantone und Gemeinden hätten zur Verwendung ihrer Beiträge in Milliardenhöhe nichts mehr zu sagen. Unter dem Stichwort von mehr Wettbewerb soll eine Vorlage verkauft werden, die patientenfeindlich ist, unnötig und sich der demokratischen Kontrolle entzieht. In meinem Kanton haben wir noch ein viertes Mal Nein zu einer SVP-Initiative zu sagen: Sie will unsere bewährte Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau abschaffen und versucht mit einem Hühnerplakat ihre „Goggelrolle“ noch klarer darzustellen. Hier lautet mein Kommentar kurz und bündig: „Wir brauchen die Fachstelle gerade für diejenigen am dringenden, die sie abschaffen wollen!“